

Grundeinkommen als Antwort auf Rechtspopulismus



Die AfD spricht sich für einen Austritt Deutschlands aus dem Euroraum aus. Die Zuwanderung möchte die Partei auf beruflich qualifizierte Personen begrenzen und plädiert für eine klare Begrenzung des Asylrechts und eine Schließung der Grenzen.

Gesellschaftspolitisch befürwortet die AfD „Deutsche Leitkultur statt Multilateralismus“ und spricht sich gegen eine vermutete „Gender-Ideologie“ aus. Den Islam, der nicht zu Deutschland gehöre, sieht die Partei im grundsätzlichen Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und fordert die deutsche Sprache für die Predigten in Moscheen. Die Existenz eines von Menschen gemachten Klimawandels bezweifelt die Partei und plädiert für einen Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen.

Die NPD will sie eine Staatsordnung schaffen, die auf einem „homogenen Staatsvolk“ basiert und „die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen“ löst. Sozialpolitische Maßnahmen wie das „Müttergehalt“ sollen nur „Deutschen“ zustehen. Sie fordert eine Einheitsversicherung und lehnt die Hartz-Gesetze ab. Eltern sollen bei der Stellenvergabe bevorzugt werden. Familien sollten als „kleinste natürliche Gemeinschaft jedes Volkes“ außerdem ideelle Förderung erhalten. Die Partei wendet sich gegen die Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern. Eine „ethnische Überfremdung“ durch Zuwanderung und eine „Veramerikanisierung“ der Gesellschaft lehnt sie ab. Sie ist gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und gegen eine Einbindung Deutschlands in die Europäische Union. Stattdessen plädiert sie für ein „Europa der Völker“ und eine Volksabstimmung über die Abschaffung des Euro und die Wiedereinführung der D-Mark.

BGE: Kriterien

- mit individuellem Anspruch
- ohne Arbeitszwang
- ohne Bedürftigkeitsprüfung
- in existenz- und teilhabesichernder Höhe
- für alle, die hier leben

BGE: Kriterien

- mit individuellem Anspruch
 - weniger für Kinder (oder mehr)?
 - Synergieeffekte nutzen?
 - Individuen sind Träger der Menschenrechte, nicht Bedarfsgemeinschaften

BGE: Kriterien

- ohne Arbeitszwang
 - Gesellschaftlicher Reichtum muss reproduziert werden.
 - Dafür sind politische Maßnahmen legitim.
 - Die dürfen aber nicht mit dem Entzug des Existenzminimums drohen.

BGE: Kriterien

- ohne Bedürftigkeitsprüfung
 - Bge ist ein Umverteilungsprojekt, das heißt, einige zahlen dafür.
 - Bedarfsprüfung schafft verdeckte Armut.
 - Bge ist ein wirtschaftsbürgerliches Grundrecht.

BGE: Kriterien

- in existenz- und teilhabesichernder Höhe
 - Bei extremer Armut sind auch kleine Beträge sinnvoll.
 - Die Höhe entscheidet, ob ich „nein“ sagen kann.

BGE: Kriterien

- für alle, die hier leben
 - Bge ist ein Umverteilungsprojekt von Nord nach Süd.
 - Bge ist ein globales Projekt.
 - Finanzierung über internationale Steuern
 - Mindesteinkommen gegen den Hunger (basic food income)

BGE und Menschenrecht

- Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.
 - Das schließt Teilhabe am Reichtum und gesellschaftlichen Leben ein.
 - Teilhabe ist im Kapitalismus nur mit Einkommen möglich.
 - Kapitalismus sichert nicht allen ein Einkommen.
- ⇒ **ist ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches ein auskömmliches Leben gewährleistet, das Mittel zur Einlösung des Menschenrechts.**



Globalisierung und Einwanderung sind asozial!

Ja zur Heimat – Nein zur Globalisierung!



*Französische Ausgabe der "Protokolle der Weisen von Zion" aus den 1920er Jahren.
Quelle:
wikipedia.org*

Einer muss es ja schuld sein

Jüdischer Bolschewismus

Judäo-amerikanische Weltverschwörung

Wallstreet

Das Finanzkapital

„Brüssel“

Die Globalisierung

Die Fremden, Arbeitsscheuen, Asozialen

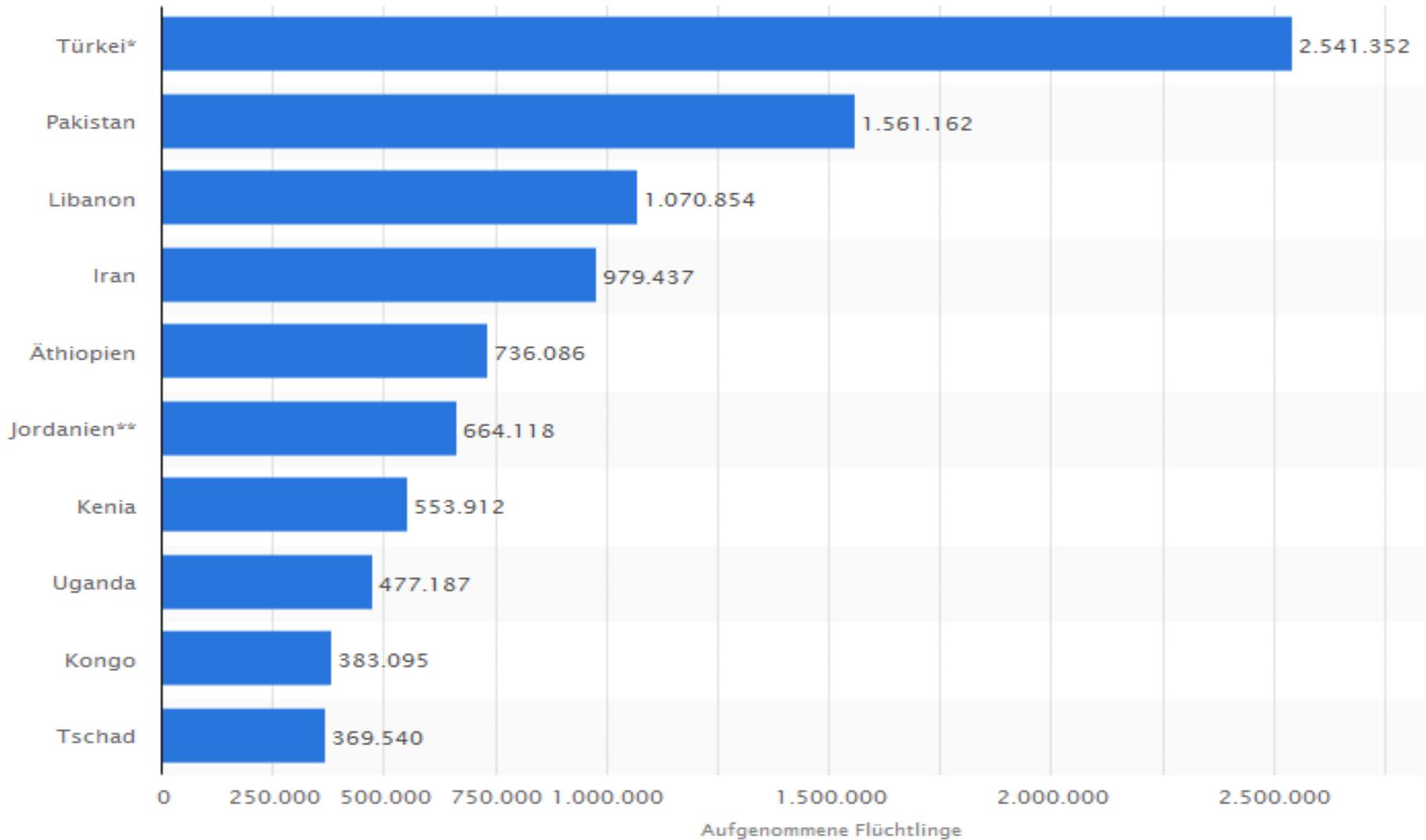
Schwul-Grünes Multikulti

Flüchtlinge auf der Mittelmeer-Route

Anzahl der über das Mittelmeer ankommenden Flüchtlinge

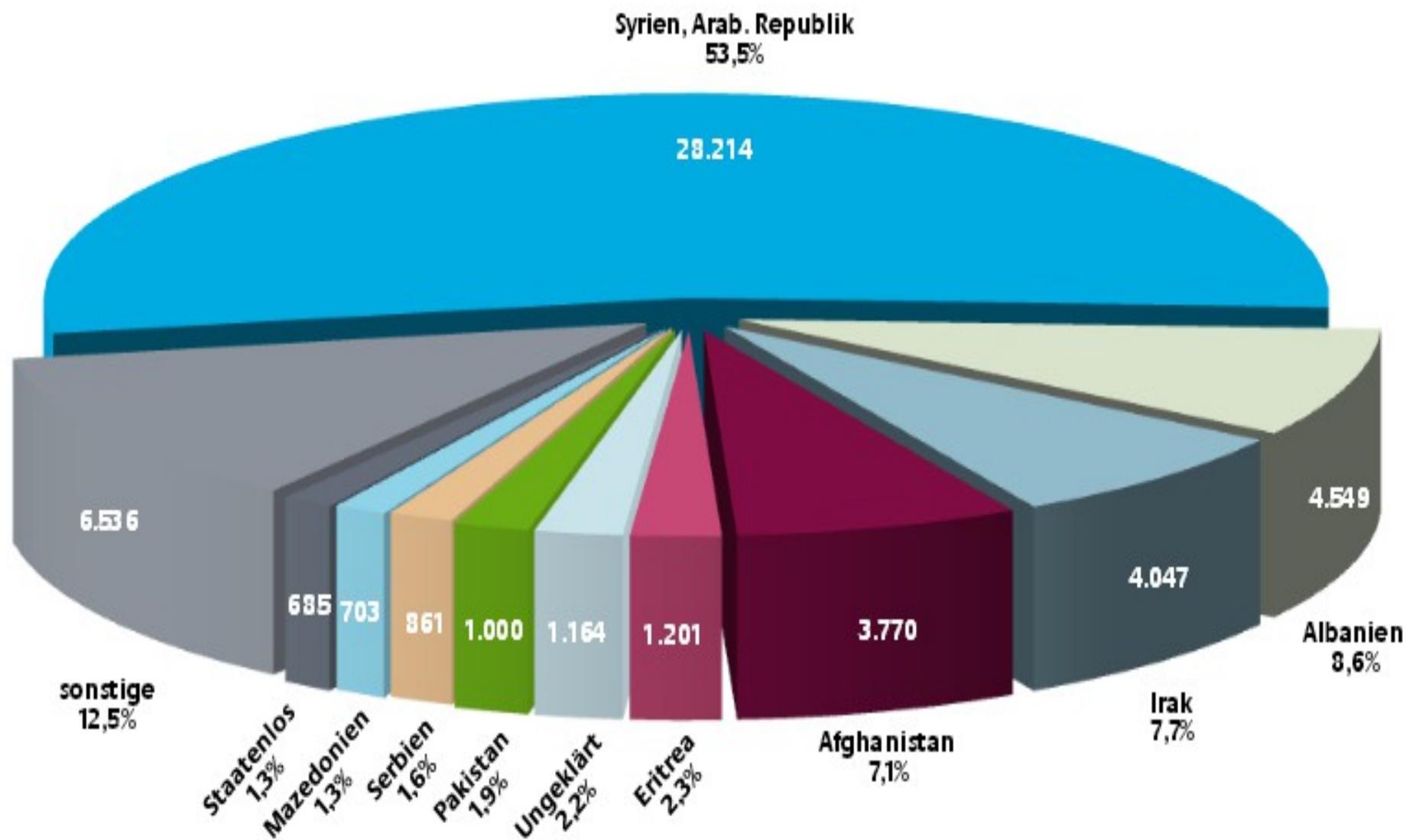


Ende 2015 leben Flüchtlinge in...



Hauptherkunftsländer im Oktober 2015

Gesamtzahl der Erstanträge: 52.730



“Towards a Basic Income Grant for all!”



BGE: Menschenrecht auf Nahrung

- **Zugang zu produktiven Ressourcen:
Nahrungsmittelproduktion**
(Land, Agrarreform, Jobs)
- **Zugang zu ökonomischen Ressourcen**
(Grundnahrungsmittel oder Einkommen)
- **Grundnahrungsmittel müssen sofort
sichergestellt werden,**
- **Ressourcen baldmöglichst**

Mindesteinkommen gegen den Hunger in Sambia

- drei Mahlzeiten täglich
- Familien ohne „Ernährer“
- Verbesserung der Ernährungssituation
- Verbesserung der Gesundheitssituation
- gesteigener Schulbesuch
- Investitionen
- Neidproblem

Soziale Infrastruktur

- Gesundheit, Pflege
- Bildung
- Wasserversorgung
- Mobilität
- Energiegrundkontingent
- Kommunikationsmittel
- Wohnen

„Eurodividende“

Jeder Person, die ihren rechtmäßigen Wohnsitz in der Europäischen Union oder einem der Mitgliedstaaten hat, die den Euro entweder eingeführt haben oder dies in Kürze tun werden, soll ein Grundeinkommen von durchschnittlich 200 Euro pro Monat gezahlt werden. Je nach Lebenshaltungskosten kann sein Niveau von Land zu Land variieren, für jüngere Menschen niedriger und für Ältere höher ausfallen. Die Eurodividende soll über die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer finanziert werden.

BGE: Arbeitsverhältnisse

- Unregelmäßige Erwerbsbiografien
- Atypische Arbeitsverhältnisse, Selbstständige
- Freiheit, Clickworking
- Ausschließende Strukturen des Sozialstaats

BGE: Auf den Schultern der Früheren

- Software
- Verfahren
- Wissen
- Technologien
- Arbeitsteilung

Warum ein bedingungsloses Grundeinkommen?

- Wir können es, denn Güter und Dienstleistungen sind ausreichend vorhanden
- Wir können es uns leisten.
- Wir müssen es, wenn wir soziale Sicherheit für alle wollen.

⇒ **Es ist genug für alle da!**